Mittwoch, den 21. Januar 1925. | Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 9. | Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5–6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45. | Der Abonnementspreis für den Monat Januar beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich. | 3. Jahrg.

Die Rechtsbolschewisten in Deutschland.

Das schwerindustrielle Scharfmachertum setzt alle Hebel in Bewegung, um im Deutschen Reich ebenso zu kommandieren, wie innerhalb der Unternehmerorganisationen. Die Schwerindustrie war es gewesen, die im Verein mit den Großagrariern die völkischen Putschisten finanzierte. Sie hat das von ihnen immer so betonte nationale Interesse bedenkenlos unter ihr Parteiinteresse gestellt. Unter Parteiinteresse verstehen diese Herrschaften nicht etwa das geistige Ringen um die Gestaltung des staatlichen Lebens, sondern einzig einen hemmungslosen Willen zur Macht, zur Beherrschung des Volkes.

Die von der Schwerindustrie beherrschte Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände war es, die zu den Wahlen einen Korruptionsfonds — Mindestbeitrag 2 Mark für jeden Beschäftigten — sammelte und damit die Wahlkosten der ihr gefügigen Parteien bestritt. Die Schwerindustrie besitzt 90 Prozent der bürgerlichen Presse und läßt durch diese eine hemmungslose Schmutzkampagne gegen die verantwortlichen Männer der Republik führen. Trotz der ungeheuren Mittel, über die die Schwerindustrie dank der Inflation und der Steuersabotage verfügt, haben die von ihnen finanzierten Parteien bei den Reichstagswahlen eine schwere Schlappe erlitten. Die schwarzweißrote Arbeitsgemeinschaft — Völkische, Deutschnationale und Volkspartei — ist absolut wie relativ geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Trotzdem haben sie die Unverfrorenheit, zu verlangen, daß die Politik Deutschlands von ihnen gemacht und bestimmt wird.

Weil die anderen Parteien ihnen nicht gefügig sind, greifen sie jetzt zur Sabotage. Sie wollen gewaltsam verhindern, daß Deutschland auf sozialpolitischem Gebiete wieder in die Front der Kulturnationen einrückt. Sie wollen gewaltsam verhindern, daß die Kulturschande des Zweischichtensystems in der Schwerindustrie endlich beseitigt wird.

Nach dem Sinn und Wortlaut der Arbeitszeitverordnung ist dieses Zweischichtensystem überhaupt ungesetzlich. Aus der Tatsache, daß man den Schwerindustriellen wider Recht und Gesetz vor Jahresfrist das Zweischichtensystem gestattete, leiten sie jetzt das Recht her, sich der Beseitigung dieser Ungesetzlichkeit zu widersetzen. Sie versuchen ihren Willen durch eine Art gesellschaftlichen und politischen Terror durchzusetzen.

Mit dem Skandal, daß eine kleine Gruppe von Ueberreichen sich unterfängt, dem deutschen Volke seinen Willen aufzuzwingen, muß endlich gebrochen werden!

Die Arbeitnehmerschaft Deutschlands, gleichgültig in welchem Lager sie steht, ist nicht gewillt, einem trockenen Putsch der Schwerindustrie mit verschränkten Armen zuzusehen. Die Arbeiterschaft hat unter erschwerten Umständen den Achtstundentag in der Mehrzahl der Berufe und Industrie zurückgeholt. Sie kann und wird nicht dulden, daß gerade in der Schwerindustrie die Arbeiterschaft nicht nur des Achtstundentages beraubt bleibt, sondern zu einer Arbeitszeit verdammt wird, die ohne Beispiel in der Kulturwelt ist.

Wir erinnern an die Tatsache — so beschämend sie für Deutschland auch sein mag —, daß der Appell der Schwerindustriellen des Ruhrgebietes an die französische Militärgewalt zur Beseitigung des Achtstundentages vergeblich geblieben ist. Daß im Saargebiet, das unter französischer Herrschaft steht, der Achtstundentag in der Schwerindustrie wie in der Fertigindustrie unangefochten geblieben ist. Die Regierung der deutschen Republik war schwachmütig genug, den Schwerindustriellen zuzugestehen, was französische Militaristen ihnen verweigerten. Wir erinnern weiter daran, daß Polen in Oberschlesien in der Zinkhüttenindustrie zum Dreischichtensystem zurückgekehrt ist, obwohl in Deutsch-Oberschlesien das barbarische Zweischichtensystem noch fortbesteht. Wir erinnern weiter daran, daß genau wie beim Ruhrkampf, Deutschland in einen Tarifkrieg mit Frankreich hineinzuschliddern droht, weil die Schwerindustriellen des Ruhrgebietes sich mit den Schwerindustriellen Frankreichs über die Verteilung des Profits nicht einigen können.

Die kapitalgewaltigen Schlotjunker der Schwerindustrie haben sich zu einer öffentlichen Gefahr ausgewachsen. Wer die Geschichte des Deutschen Reiches kennt, der kann sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß mit diesen Schlotjunkern ein Kompromiß unmöglich ist. Diese Herrschaften kennen nur ihren brutalen Machtwillen und glauben, daß sich ihm alles beugen muß.

Die Arbeiterschaft verlangt, daß dem Recht und dem Willen des Volkes Geltung verschafft wird. Auch gegen die Schwerindustriellen Wie die Dinge heute liegen, kann und folglich muß dem Recht nur gegen die Schwerindustriellen Geltung verschafft werden.

B. V.

Umstellung in der evangelischen Kirche?

Die Beteiligung am öffentlichen Leben beabsichtigt. — Im August wird ein Weltkonzil abgehalten.

In der Zeit zwischen dem 11. und 30. August l. J. findet in Stockholm ein Konzil der evangelischen Kirchen statt. Die Zahl der Delegierten, die aus allen Weltteilen stammen sollen, ist auf ungefähr 600 festgesetzt worden. Auch sind Gäste eingeladen. Die Schweden schicken sich an, die Vertreter entsprechend zu empfangen. An der Konferenz sollen auch Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche teilnehmen. Und dadurch soll die gesamte Christenheit mit Ausnahme der katholischen vertreten sein.

Beratungsgegenstand der Konferenz sollen keinesfalls innere Kirchenfragen sein. Nicht um eine Konsolidierung des inneren Lebens in der evangelischen Kirche handelt es sich hierbei. Nicht um die Propagierung des kirchlichen Kultes, wie bei dem römischen Jubiläumsjahr. Die Konferenz hat sich, wie die Organisatoren dies selbst bezeichnen, praktischere Ziele gesetzt: das einheitliche Vorgehen der protestantischen Kirche im öffentlichen Leben. Die Einladungen besagen, daß die Konferenz die Pflichten festlegen soll, die die protestantische Kirche in der heutigen Welt zu erfüllen hat. Für die Politik, Wirtschaft und das Staatsbürgertum sollen in der protestantischen Kirche gemeinsame Grundsätze aufgestellt werden.

Die Einberufer des Kongresses sind sich klar, daß die Nationalität der einzelnen Teilnehmer bei den Beratungen „eine Schwierigkeit" darstellen wird. Trotzdem soll über ein einheitliches Vorgehen in der Volks- und Jugenderziehung und in der sozialen Wohlfahrt beraten werden. Die Wohnungsreform, die Lohnfrage usw. sollen durchberaten werden.

Was andere Fragen betrifft, so soll die Kriegsschuldfrage eingehend besprochen werden. Es soll im Interesse der Wahrheit die Oeffnung aller Archive gefordert werden, um in dieser Angelegenheit — wenn dies überhaupt möglich ist — völlige Klarheit zu erhalten. Auch die Minderheitenfrage der Welt steht nicht auf dem letzten Punkte der Tagesordnung, doch sieht man auch hierbei infolge der Verschiedenheit der vertretenen Nationalitäten Schwierigkeiten für die Durchführung eines einmütigen Beschlusses. Die Konferenzeinberufer sehen in dem eventuellen Erfolg der Konferenz den Anbruch einer neuen Aera des protestantischen Kirchentums.

Die bisher vorliegenden Nachrichten über das beabsichtigte Konzil ermöglichen es uns allerdings noch nicht, zu demselben Stellung zu nehmen. Jedenfalls ist aus dem vorgezeichneten Programm das eine zu ersehen, daß es sich um eine Konsolidierung gegenüber Rom handelt, das leider in den letzten Jahren seine Tätigkeit nicht nur auf kirchliche Gebiete ausdehnt, sondern in vielen Ländern in der Staats- und Innenpolitik eine bedeutende Rolle spielt. Auch in Polen. Sowohl im Sejm wie im Senat und bei fast allen wichtigen Fragen. Doch dabei stellt sich dieser Klerus in allen Ländern klar auf die Seite der Besitzenden — bei uns agitierte er fast ausnahmslos für die Chjena — und ist seine soziale Wohlfahrt eine Kampfansage gegenüber der Arbeiterschaft. Auch in Deutschland sehen wir bei der katholischen Geistlichkeit dasselbe, Oesterreich steht ebenfalls mit der Seipelregierung nicht nach und auch die übrigen Länder sehen den Klerus nicht als Mitkämpfer für die Schwachen und Ausgebeuteten.

Wie sich die protestantische Kirche die soziale Wohlfahrt denkt, kann man heute noch nicht wissen. Die Konferenz muß abgewartet werden. Als ein gutes Zeichen wäre der Umstand zu notieren, daß die Vorarbeiten für den Kongreß von 1600 Delegierten der englischen Kirchen getätigt wurden, im Beisein deutscher Gäste. Und die englische protestantische Kirche steht den Nöten der Arbeiterschaft bekanntlich bedeutend näher als die in anderen Ländern.

Die Beschlüsse der Konferenz selbst werden den Arbeiterparteien der Welt erst den Weg weisen, wie sich dieselben zu der neuen Strömung in der protestantischen Kirche zu stellen haben werden.

lk.

Der Optimist Grabski.

In der Budgetkommission hat Finanzminister Grabski ein Expose gehalten, das leider nur einen allgemeinen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage unseres Landes gibt. Interessant ist die Feststellung, daß die Einnahmen aus der Vermögens- und Einkommensteuer von allen anderen Steuern die kleinsten sind.

Grabski sagte, daß wir an Steuern augenblicklich etwas mehr als vor dem Kriege zahlen. Man müsse jedoch berücksichtigen, daß wir ein Staat sind, der eine große Armee unterhält und große Ausgaben für das Unterrichtswesen (!?) hat. Die Reserve mit der wir in das neue Jahr getreten sind, betrugen 419 Millionen, was eine bedeutend günstigere Ziffer als im vorigen Jahre ist.

Die Wirtschaftskrise, führte Grabski weiter aus, habe dem günstigen Verlauf der Finanzsanierung nichts anhaben können. Dies sei ein Beweis dafür, daß die Finanzsanierung auf einer guten Grundlage aufgebaut sei.

Die Auslandsschulden des Handels und der Industrie belaufen sich auf 250 Millionen Zloty, wovon die Regierung für 50 Millionen an Garantie übernommen hat.

Die Handelsbilanz ist ungünstig. Sie weist für die letzten 10 Monate ein Defizit von 151 Millionen auf. Allein im November betrug das Defizit 22 Millionen Zloty.

Die Arbeitslosigkeit ist im Dezember wieder stark angewachsen. Unterstützungen erhalten 73000 Arbeitslose. 163000 Arbeiter suchen Arbeit. Die Zahl der gelernten Arbeitslosen beträgt 82000.

Ueber das Wirtschaftsprogramm wußte Grabski zu sagen, daß die Regierung bestrebt sei, das Budget im Gleichgewicht zu erhalten. Die Auslandsanleihe für die Selbstverwaltungen sei bereits unterzeichnet. Der Zinsfuß sei zu hoch. Doch sei an eine Ermäßigung im Jahre 1925 nicht zu denken.

Die Umsatzsteuer soll eine Reformierung erfahren. Handwerker sowie Landwirte, die keine fremden Kräfte beschäftigen, sollen von der Umsatzsteuer befreit werden. Für Rohstoffe und Halbfabrikate wird die Umsatzsteuer 1 Prozent betragen, für den Lebensmittelkleinverkauf 1 Prozent, für den Export 1/2 Prozent.

Die Linke fordert.

Am Sonnabend sprach der Redner der Linken, Abg. Rudzinski („Wyzwolenie") bei Premierminister Grabski vor und erklärte, daß die Linke der Meinung sei, das Unterrichtsministerium dürfe weiter nicht unbesetzt bleiben. Das Portefeuille muß einem demokratisch-gesinnten Minister übergeben werden. Die Linke fordert, daß das Ministerium Herrn Artur Sliwinski übertragen werde. Premierminister Grabski bat sich gegenüber dieser energischen Forderung Bedenkzeit aus.

Die N. P. R. bekommt ihren Mann.

Der Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium, Simon, ist zurückgetreten.

Im Zusammenhange mit diesem Rücktritt wurden die Abg. Chądzynski und Popiel (N. P. R.) vom Premierminister Grabski empfangen. Es verlautet, daß der Kandidat der N. P. R. den freigewordenen Sessel erhalten soll.

Damit wäre die Freundschaft wieder geschlossen.

Keine Beibehaltung des 8stundentages in Oberschlesien.

Die Entscheidung des Arbeitsministeriums in Sachen des Streites um die Arbeitsdauer in Oberschlesien fiel als ein Kompromiß aus. Das von beiden Seiten unterzeichnete Abkommen erkennt den Achtstundentag grundsätzlich an, erklärt sich aber mit gewissen Abweichungen einverstanden. Infolgedessen bleibt die verlängerte Arbeitszeit in der Metallhütteinindustrie bestehen. Auch erfolgte eine Einigung dahin, daß jederart Streitfälle — Lohn- oder andere Fragen — durch ein Schiedsgericht geregelt werden sollen.

Parteirat der P. P. S.

Am Sonnabend fanden in Warschau Beratungen des Parteirates der P. P. S. statt. Nach einem Referat des Abg. Barlicki über die parlamentarische Tätigkeit der P. P. S. wurde eine Resolution gefaßt, die gegen 5 Stimmen angenommen wurde. In der Resolution wird der parlamentarischen Fraktion das Vertrauen ausgedrückt. In Fragen des Schulwesens wird eine Reformierung der Volksschulen und der Schulpläne gefordert. Auch die Frage der Minderheitenschulen soll geregelt werden.

Auch in Frage des Selbstverwaltungswesens wurde eine Resolution gefaßt, in der nicht nur auf die verzweifelte Lage der Selbstverwaltungskörperschaften in den Ostgebieten, sondern auch auf die in Kleinpolen und Kongreßpolen hingewiesen wird. Es wird die schnellste Durchführung der Selbstverwaltungsgesetze gefordert. Die Wahlen in den Selbstverwaltungen sollen auf Grund des fünfgliedrigen Wahlsystems stattfinden.

Radikalisierung der „Wyzwolenie".

Erstrebung der Einheitsfront des Proletariats.

Unter Vorsitz des Abgeordneten Jan Dąbski fand am Sonntag eine Sitzung des Hauptvorstandes der „Wyzwolenie" statt. Auf Antrag des Klubvorsitzenden und des Präsidiums des Vorstandes wurde über eine Programmänderung beraten. Die Aenderung der Wahlordnung soll demokratische Grundlage haben. Von verschiedener Seite wurden Bodenenteignungen ohne Entschädigung gefordert. Der Antrag über die Abtrennung der Kirche vom Staat fand Anerkennung. Beschlossen wurde, der Partei ausgesprochenen Klassencharakter zu geben und zur Vereinigung der Volksmassen zu streben.

Eine aus 12 Personen bestehende Redaktionskommission wurde mit der Ausarbeitung eines neuen Programms beauftragt. Das Programm wird dem Parteitag der „Wyzwolenie", der im März stattfindet, vorgelegt.

* * *

Am Montag nahm der Hauptvorstand zur politischen Lage Stellung. U. a. wurde als Entschließung angenommen, von Grabski zu fordern, daß Artur Sliwinski zum Kultusminister ernannt wird. Auch wurde ein Protest angenommen gegen die Nichtberufung Marschall Pilsudskis zum Militärdienst. Bei der Regierung und im Sejm soll ein energischer Kampf in dieser Angelegenheit geführt werden.

Deutschland völlig isoliert.

Neutrale und Alliierte einmütig gegen das Rechtskabinett.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Jahr und Tag vor der Bildung einer Rechtsblockregierung besonders aus nationalen Gründen eindringlich gewarnt. Ihre Mahnungen haben kein Gehör gefunden. Die Aufnahme des Ministeriums Luther in der Presse des Auslandes bedeutet die erste Bestätigung der Richtigkeit ihrer Warnungen. Und zwar ist es nicht allein die Presse in den Hauptstädten der alliierten Länder, die ihre offene Feindseligkeit gegenüber dem Rechtsblock zum Ausdruck bringt, sondern auch die neutralen Blätter reden übereinstimmend dieselbe Sprache der Ablehnung und des Mißtrauens. Obwohl das amtliche Wolffsche Telegraphenbüro, das sonst mit Auslandsstimmen eher verschwenderisch umgeht, diesmal — offenbar auf höheren Befehl — fast keine Blätterzitate verbreitet, wird die betrübende Tatsache nicht fortgeschwiegen werden können: Deutschland steht wieder völlig isoliert in der Welt da.

Die Sozialdemokraten haben um so weniger Anlaß, sich darüber zu freuen, daß sie mit ihren Voraussagen recht behalten haben, als es ja das deutsche Volk ist — und wie immer in solchen Fällen in erster Linie die Arbeiterklasse —, das die Zeche einer verkehrten Politik zu bezahlen hat. Es gehört auch keine große Prophetengabe dazu, um außerdem schon jetzt zu wissen, daß diese einmütige Feindseligkeit der Weltmeinung, die sich in den ersten Pressestimmen widerspiegelt, nur einen Anfang, ein Vorspiel zu viel Gefährlicherem bedeutet. Deutschland hat die bodenlose Torheit des Bürgerblock-Experimentes in einem Augenblick begangen, in dem die wichtigsten und heikelsten Probleme der deutschen Außenpolitik einer Lösung harren. Eine befriedigende Lösung konnten diese Fragen nur finden, wenn diejenigen Mächte, die nun einmal die stärkeren sind, ein Mindestmaß von Vertrauen in die deutsche Politik aufbringen könnten. Statt dessen werden sie übereinstimmend ein Höchstmaß von Mißtrauen gegen alle Worte und Taten der Regierung Luther-Stresemann-Schiele zeigen.

Mag Luther in seiner Erklärung noch so heilig beteuern, daß er die Außenpolitik seines Vorgängers fortsetzen werde — es wird ihm im Ausland kein Mensch das glauben, weil er sich jetzt auf die Deutschnationalen und auf die Deutsche Volkspartei stützt, und weil alle republikanischen Elemente des deutschen Volkes in Opposition zu ihm stehen. Und vor allem: heute regiert in Frankreich nicht mehr Poincare, sondern Herriot. Das Vertrauen und die Sympathie der gesamten Weltmeinung werden um so stärker für Herriot und die französische Demokratie sein, je größer die Abneigung und das Mißtrauen gegen Luther-Stresemann-Schiele und gegen die deutsche Reaktion sind.

Die Sozialdemokratie hat seit Monaten all das gewußt und vorausgesagt: sie lehnt infolgedessen schon jetzt jede Verantwortung für das, was sich außenpolitisch entwickeln wird, auf das entschiedenste ab und macht dafür

---

Deutsches Theater.

„Goldfische", Lustspiel in 4 Akten von Franz Schönthau und Gustav Kadelburg.

Am Donnerstag, den 15. d. M. gingen die „Goldfische" zum ersten Male in dieser Saison über die Bretter des „Deutschen Theaters" zu Lodz. Das Lustspiel selber, ein Spiegelbild der heutigen „modernen" Welt, ist seicht und fade und enthält eigentlich keine fesselnde und Erfolg versprechende Stellen. Wenn die Erstaufführung am Donnerstag dennoch ein Erfolg für das Theater war, so ist dies einzig und allein dem schönen Spiel der Darsteller zu verdanken, die fast restlos ihr Bestes hergaben, um dem Zuhörer einen frohen und heiteren Theaterabend zu bereiten.

Das Stück spielt in Berlin, Zeit—Gegenwart. Die Tochter eines vornehmen Hauses besitzt zwei Bewerber. Der eine ein Husarenleutnant, den der Hausherr für seine Tochter ausersehen. Der andere ein Künstler, der in das reiche Haus gerufen wurde, das Bild der Tochter, der einzigen Erbin, zu malen. Zwischen dem Künstler und seinem Modell spinnt Amor seine Zauberfäden, so daß ihre Herzen bald in heißer Liebe für einander erglühen. Dem Vater der jungen und verliebten Emmy, der den armen, unansehnlichen Maler schon allein deswegen verachtet, weil dieser nicht Soldat gewesen, paßt diese Neigung seiner Tochter zu einem Nichtmilitär gar nicht in den Kram; denn sein sehnlichster Wunsch ist es, den Husarenleutnant Erik von Felsen als teuren Schwiegersohn in seine Vaterarme schließen zu dürfen. Seine Tochter und Leutnant von Felsen machen ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung. Der alte Herr muß schließlich gute Miene zum bösen Spiel machen und den Maler Roland als „lieben" Schwiegersohn an sein Vaterherz drücken.

Konrad Stieber als Emmys Vater war gut, Ellinor Falk als Emmy minder gut. Sie machte nicht den Eindruck der Tochter eines vornehmen Hauses. Es fehlte ihr an Vornehmheit in der Erscheinung. Max Rosen als Leutnant von Felsen war sehr schneidig. Mit Erika van Draaz, der brillanten Darstellerin der Josephine von Pöchlaar, stellte er die Verbindung zwischen Bühne und Publikum her, eroberte sich die Sympathie der Zuschauer. Lobend erwähnt muß ferner das Spiel Friedrich Links als Wolf von Pöchlaar und Franz Pfaudler als Maler Roland werden. Martin Miller als Stettendorf war nicht schlecht. Magda Karmen als Mathilde von Kosswitz gefiel weniger. Man hatte den Eindruck, als suche sie durch ihr Spiel die bekannte Berliner Schauspielerin Erika Gläßner zu kopieren. Temperament und Gestalt sind aber bei beiden grundverschieden.

Als Ganzes war die Aufführung gut. Max Rosen und Erika van Draaz gebührt jedoch für ihr wirklich gutes Spiel ein Extra-Lob.

rk.

Sportverein „Pogoń".

Uraufführung: „Exzellenz von Oppen", Operette in 3 Akten von Artur Heine, Musik von Arno Seeliger.

Wenn man bei der Besprechung der Aufführung des Sportvereins „Pogoń" nicht den Maßstab wie bei einer Theateraufführung anlegen darf, so muß doch von vornherein festgestellt werden, daß das, was uns am Sonnabend die dramatische Sektion des Vereins geboten hat, weit den Dilettantismus überragt, den man gewöhnlich in Lodz zu sehen bekommt.

Den Text für die Operette hat ein Mitglied des Vereins, Artur Heine, geliefert. Heine führt uns in das Jahr 1917 zurück. Der lokale Einschlag sowie die mit Geschick durchgeführte spannende Handlung macht die Operette für unser Publikum interessant. Die Geschichte der Verwechslungen ist ja wohl ein bißchen abgedroschen, doch weiß Heine ihr neue humorvolle Seiten abzugewinnen. Als Verwechslungsszene war die in der Revierstube am besten aufgebaut. Auch die Chöre der Lebensmittelschmuggler und Polizisten waren ein glücklicher Einfall. Nur finde ich, daß die Operette etwas künstlich in die Länge gezogen ist. Versteht sich Heine zu einigen notwendigen Streichungen, so ist zu erwarten, daß „Exzellenz von Oppen" noch manche gut aufgenommene Aufführung erleben wird. Wenn man zum Schluß noch von einigen sprachlichen Unebenheiten absieht, so kann man nicht umhin, Artur Heine ein Kompliment zu machen, der sich durch dieses sein neues Werk dem Lodzer Publikum als fähiger und versprechender Librettist vorgestellt hat. Die Musik besorgte Arno Seeliger. Auch Seeliger ist ein Lodzer Kind und Mitglied des Vereins. Seine Musik war leicht und gefällig, obwohl eine Anlehnung an alte und neuere Melodien nicht zu verkennen war. Besonders zum Ausdruck kam dies im zweiten Akt. Als Dirigent hatte er die Musiker in der Hand, doch nicht immer die Chöre. Im Orchester dominierte zu stark der Flügel. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß auch die Musiker aus Vereinsmitgliedern bestanden. Immerhin hat Arno Seeliger durch die Schaffung der Musik und durch die Einstudierung der Partien ein Stück Arbeit geleistet, die höchste Anerkennung wert ist.

Die Spielleitung hatte Paul Köhler inne. Man spürte bei der ganzen Aufführung die Hand eines Regisseurs, der beim Theater kein Neuling mehr ist. Nur hätte man sich ein flotteres Tempo gewünscht. Die Hauptrolle spielte Anny Wallfried vom Deutschen Theater. Mit ihrem wohlklingenden und ziemlich starken Organ wußte sie uns mitzureißen. Neben Anny Wallfried war Richard Zerbe als Anton Dickreif gesanglich, vor allem aber schauspielerisch der beste. Artur Heine als Kurt Helmer machte sich als Partner von Anny Wallfried ganz brav. Julius Arndt als Geheimpolizist war ebenfalls gut. Hervorzuheben sind noch Poli Heim als Maria Knippreich, Irma Zerbe als Ernestine Kalasch, Paul Köhler als Emil Klapprich und die Geheimpolizisten Oskar Polgrabia und Artur Wagner. Eugen Heine konnte man sich nur schwer als Polizeibezirksvorsteher vorstellen. Stimmlich schwach war auch der Chorführer der Schmuggler. Als Mitwirkende sind noch zu nennen: Theodor Zarbock, Adolf Berger, Max Krebs, Olga Schor, Elsa Weiß, Emma Zinser und Liesa Rohr.

Als Gesamtleistung ist die Aufführung ausgezeichnet gewesen, denn jeder der Mitwirkenden suchte sein Bestes zu geben. Dafür gebührt ihnen Lob.

—az.

vor dem deutschen Volk und vor der Welt die Männer des neuen Bürgerblockkurses verantwortlich. Die neue Regierung ist eine Verfälschung des deutschen Wahlergebnisses, diese Regierung ist nicht Deutschland, sie ist nicht das deutsche Volk, das in seiner großen Mehrheit keine größere Sehnsucht hat als Verständigung und Frieden.

Hoffentlich ist die Regierung Luther nur ein vorübergehendes Experiment. S. D.

Die Pariser Presse ergehe sich in ungewöhnlich scharfen Urteilen über die durch die Konstituierung eines Kabinetts der Rechten in Deutschland geschaffenen Lage.

„Petit Parisien“ spricht von einem Triumph der reaktionären Intrigenpolitik Stresemanns. Man werde in der neuen Regierung vergebens nach einem Repräsentanten der Demokratie suchen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder seien bekannte Vorkämpfer der Reaktion. Die neue deutsche Regierung sei ein Kabinett der Interessenvertreter der Schwerindustrie und des Großagrariertums.

Die gleiche Ansicht findet im „Matin“ Ausdruck, der weiter hinausführt, die Konstituierung eines Rechtskabinetts sei ein Schlag gegen die Weimarer Verfassung. Die Namen einiger seiner Mitglieder seien eine direkte Provokation gegen die Linke, insbesondere der des neuen Wirtschaftsministers Neuhaus, der ein ehemaliger Agent Ludendorffs sei und zudem im Verdacht stehe, an der Ermordung Rathenaus beteiligt gewesen zu sein.

Die Ergebnisse der Helsingforser Konferenz.

Die Helsingforser Konferenz ist zu Ende. Außenminister Skrzynski hat sich bereits nach Warschau begeben.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, einen engen und erfolgreichen Kontakt zwischen den Baltenländern und Polen zu unterhalten. Was den Völkerbund anbelangt, so war man in der Ansicht einig, in den Fragen der Garantien, der Sicherheit und Abrüstung gemeinsam vorzugehen. Die Konferenz hat es auch den einzelnen Regierungen nahegelegt, zwecks Ausbaues des Verkehrs zwischen den Ländern, die an der Konferenz teilnahmen, verschiedene Erleichterungen in den Paßformalitäten zu gewähren.

Von Beratungen über eine antibolschewistische Verständigung weiß das offiziöse Kommunikat nichts zu berichten. Nur die finnländische kommunistische Presse teilt mit, daß solche Beratungen stattfanden, doch weiß sie nicht, welche Beschlüsse gefaßt wurden.

In Ssowjetrußland ist man über den Helsingforser Kongreß aufgebracht. Die bolschewistische Presse ergeht sich in Drohungen gegen die Konferenzstaaten. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß Ssowjetrußland einen diplomatischen Vorstoß unternehmen wird.

Die Raditschparteiler freigesprochen.

Die Belgrader Regierung hat, als sie einen großen Teil der kroatischen Bauernpartei samt ihrem Führer Raditsch einsperren ließ, geglaubt, einen großen Streich zu führen. Es sah wirklich so aus, als sei für diese Wahlen Raditsch samt seinen Kroaten erledigt. Aber Ministerpräsident Paschitsch hat nicht damit gerechnet, daß die Richter, welche den angeblichen Hochverrat der Kroaten abzuurteilen haben und die jetzt entscheiden müssen, ob die von der Regierung verfügte Verhaftung zurecht geschehen ist, selbst Kroaten sind. In Agram sieht manches anders aus als in Belgrad. So hat denn das Agramer Gericht sämtliche Verhafteten mit Ausnahme Raditschs, den es einstweilen noch aus formalen Gründen in der Haft gelassen hat, in Freiheit gesetzt, und die von den Kroaten eingereichten Kandidatenlisten sind gleichzeitig als gültig anerkannt worden. In Belgrad ist man sehr zornig, aber soweit reicht der Arm des Herrn Paschitsch nicht, daß er die kroatischen Richter zwingen könnte, gegen ihre Landsleute zu entscheiden. Kein Zweifel, diese Gerichtsentscheidungen sind eine politische Angelegenheit. Aber eben, weil sie es sind, ziehen sie den ganzen Staatsbau in Mitleidenschaft, und es zeigt sich nun doch, daß der Stein, den der König mit der Berufung der radikalen Minderheit zur Regierung, zur Auflösung der Skupschtina und zur Veranstaltung von Neuwahlen geworfen hat, weiter fliegt, als man in Belgrad gedacht hatte. Der Südslawenstaat hatte seit seiner Gründung keine solche Probe auf seine Festigkeit auszuhalten wie diese.

Georges Louis' Memoiren.

Weitere Anklagen gegen Poincare.

Die neue Nummer der Pariser Zeitschrift „Europe“ bringt aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des ehemaligen Botschafters in Petersburg, Georges Louis, neue Enthüllungen über Poincares Schuld am Kriege. Diesmal handelt es sich um die Wiedergabe von Unterredungen mit Paul Deschanel im Jahre 1915, dem späteren Präsidenten der Republik, der inzwischen ebenfalls verstorben ist. Daraus geht erneut hervor, daß die führenden französischen Kreise über die zum Krieg treibende Aktion Poincares in Petersburg durchaus einer Meinung waren.

Die Arbeit der schwedischen Linksregierung.

Der Budgetvoranschlag der schwedischen Regierung für das Jahr 1923/24 weist einen Ueberschuß von 41,22 Millionen schwedischer Kronen auf. Das Budget wurde bilanziert, ohne daß zu den Ueberschüssen der vergangenen Jahre gegriffen werden mußte.

Lokales.

Wirtschaftskonferenz in Warschau.

In Warschau fand eine Wirtschaftskonferenz statt, an der Vertreter der Regierung und der Industrie und des Handels teilnahmen. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Grabski. In ausführlichen Referaten stellten die Vertreter der Wirtschaft die schwierige Lage in Industrie und Handel dar. Der Vizedirektor des Zentralverbands für Industrie- und Hüttenwesen besprach die Frage des hohen Kredits. Abg. Wartalski als Vertreter des Verbandes der Kaufleute schilderte die Lage im Handel. Er suchte die Ursachen für den großen Unterschied in den Herstellungs- und Verkaufspreisen zu begründen. Als Vertreter der Lodzer Industrie sprach Dr. Barcinski. Ministerpräsident Grabski beschränkte sich auf kurze Antworten auf die einzelnen Referate. Zum Schluß versprach er, die eingereichten Denkschriften zu prüfen.

Weitere Aussprachen zwischen der Regierung und Wirtschaft sollen demnächst stattfinden.

Selbstredend sind Aussprachen am Platze, doch fragt es sich, ob dieselben bei der Einstellung des polnischen Kapitals nicht eine Zeitvergeudung bedeuten, denn den Industriellen liegt es weniger daran, ihre Arbeiter zu beschäftigen als von der Regierung Vergünstigungen in Steuerfragen vor allem aber Vollmachten zur Einschränkung der sozialen Fürsorge und Verlängerung der Arbeitszeit zu erhalten.

Schutz der Jugendlichen. Nach der Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“ Nr. 114 ist vom 15. Dezember 1924 ein Gesetz in Kraft getreten, wonach Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zum 15. Lebensjahre bei verdienstbringender Arbeit nicht beschäftigt werden dürfen. Als Jugendliche gelten ferner Personen von 15 bis 18 Jahren. Lehrlinge unterliegen denselben Vorschriften. Ueber alle Jugendlichen muß eine namentliche Liste geführt und an sichtbarer Stelle im Betrieb ausgehängt werden. Jugendliche können nur, wenn sie das 15. Lebensjahr erreicht haben, mit Zustimmung der Eltern unter Vorlegung des Schulentlassungszeugnisses und eines ärztlichen Attestes, wonach die auszuführenden Arbeiten nicht die Kraft der Jugendlichen übersteigen, beschäftigt werden. Ueberschreitungen werden mit 50 bis 250 Zloty Geldstrafe oder bis zu sechs Wochen Gefängnis geahndet.

Arbeitslosenunterstützungen. Am heutigen Dienstag werden die Unterstützungen ausgezahlt: In den Büros 2, 5, 8 und 10 von 501—1000, in den Büros 1, 3, 6, 7 und 9 von 1001—2000 und im Büro 4 von 2001—4000. Am Mittwoch: in den Büros 2, 5, 8 und 10 von 1001—1500, in den Büros 1, 3, 6, 7 und 9 von 2001—3000 und im Büro 4 von 4001—5000.

Bekämpfung der Teuerung. Am vergangenen Donnerstag fand die erste Sitzung der Preisprüfungsstelle beim Wirtschaftskomitee des Ministerrats statt. Es wurde beschlossen, in allererster Linie nachzuprüfen, ob die Brot-, Mehl- und Getreidepreise den Produktionskosten entsprechen oder herabgesetzt werden müssen. Weiter sollen die Fleisch- und Schuhwarenpreise geprüft werden. Es werden sodann die Aerztehonorare, die Apothekerpreise, die Schulgelder usw. einer Revision unterzogen. Auch die Kohlenpreise und die Preise für Metallwaren stehen im ersten Treffen. Die Sitzungen finden wöchentlich ein Mal statt. Der Preisprüfungsstelle steht das gesamte statistische Material des Wirtschaftskomitees des Ministerrats zur Verfügung.

Das Brot wird teurer. Die Brotpreise sind in den letzten Tagen von 90 Groschen für den Laib auf 1 Zloty gestiegen. Wo bleibt da die Preisprüfungsstelle?

Der neue Wojewode erklärte einem Zeitungsmanne gegenüber, daß er als seine erste Aufgabe die Verwirklichung des Kanalisationsbaues ansehe. Er beabsichtige, die Regierung und die Wirtschaftsbank für diese Angelegenheit zu interessieren.

Ein Rabenvater. Theodor Hollweg, von seiner ersten Frau geschieden, heiratete zum zweiten Male, wobei er seine 7jährige Tochter Olga in die neue Ehe mitnahm. Von diesem Tage an wurde für die kleine Olga das Leben eine Hölle. Der Vater schlug das Kind unausgesetzt und ließ es tagelang hungern. Im Winter mußte die kleine Olga die schwersten Arbeiten im Frost verrichten, ohne daß sie warme Bekleidung erhielt. Die Hände des Kindes bildeten nur eine große Frostbeule. Am 7. August 1924 setzten die Nachbarn, die die Qualen und das Jammergeschrei nicht anhören konnten, die Polizei in Kenntnis. Olga hatte vor ihrem Vater sowohl bei der Polizei wie im Gericht solche Angst, daß sie rundweg ableugnete, vom Vater geschlagen worden zu sein. Das Gericht verurteilte Hollweg zu 6 Monaten Gefängnis und setzte die Strafe auf 5 Jahre aus, da H. der alleinige Ernährer seiner Tochter ist.

Vortrag über Rabindranath Tagore im Deutschen Schul- und Bildungsverein.

Am 15. Januar fand in diesem Verein der angekündigte Vortrag des Herrn Gymnasial-Dir. Dr. Kotzian-Zgierz statt. Zuhörern, denen das Seelenleben, die Weltanschauung und das religiöse Gefühl der Inder nicht mehr ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch sind, dürfte es nicht schwer gefallen sein, den sehr interessanten Ausführungen des Redners mit Verständnis zu folgen. Ob in dem bis zum letzten Platz besetzten Saale viele oder wenige waren, die es schon einmal versucht haben, ihre Seele auf einen Ton einzustellen, der in dem Gesang der Liebe, wie sie einem nach dem Höchsten strebenden Inder als Ideal vorschwebt, mit einstimmt, entzieht sich allerdings unserer Beurteilung. Für solche konnte der Vortrag eine Stunde wirklicher Andacht sein. Abhandlungen über indische Religionsphilosophie können mit dem kalten Verstande allein nicht vollkommen aufgefaßt werden. Der vom Redner betonte Unterschied zwischen Europäer, der sich nicht nur die Natur, sondern auch seinen Nebenmenschen zu beherrschen bemüht, und dem Inder, der überall nur den Willen der Gottheit zu ergründen und das verlorene Höchste wiederzufinden sucht, ist ein so großer, daß in den allermeisten Fällen für den Europäer Ideen, wie sie bei Tagore zum Ausdruck kommen, nicht verstanden werden; und der Lodzer ist doch ebenfalls Europäer in höchster Potenz. Der Vortragende wies auch darauf hin, daß der sich zum Christentum bekennende Europäer in der Bibel wertvolle Lehren über die Liebe findet, wovon auch einige zitiert wurden. Soweit wir selbst mit dem Charakter des Inders vertraut sind, finden wir, daß er in seinem Tun seinen Idealen treu bleibt, der Europäer hingegen sich nur begnügt verschiedene Institutionen, gewerbliche Vereine und auch Handelshäuser mit der Bezeichnung „christlich“, dem Attribut der höchsten ethischen Lehren, deren Anhänger zu sein er vorgibt, zu schmücken, in den Handlungen aber seinen wilden Trieben folgt. Das Lodzer Publikum hat auch diesmal seine traditionelle Unart gezeigt. Trotzdem der Vortrag wegen unpünktliches Erscheinen der Zuhörer eine halbe Stunde später als angezeigt beginnen mußte, kamen nach Nachzügler, die durch geräuschvolles Eintreten störten. Hayn.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Mittwoch, den 21. Januar 1925, um 8 Uhr 15 Min. abends, wird im Wiederholungsabonnement Nr. 15 das vieraktige Lustspiel Schönthans und Kadelburgs: „Goldfische“ gegeben.

Donnerstag, den 22. Januar 1925, um 8 Uhr 15 Min. abends, wird im Premierenabonnement Nr. 16 der köstliche Schwank „Der kühne Schwimmer“ von Franz Arnold und Ernst Bach gegeben.

Aus dem Reiche.

Warschau. 21000 Dollar auf der Post beschlagnahmt. Im Postamt 2 ist durch Zufall die Verpackung eines Packets, das als Einschreibebrief aufgegeben worden war, beschädigt worden. Als der Beamte die Verpackung verbessern wollte, bemerkte er, daß das Paket nicht, wie angegeben war, Geschäftskorrespondenz, sondern eine Sendung Dollar enthielt. Die sofort davon unterrichtete Untersuchungsbehörde beschlagnahmte das Paket. Am nächsten Tage wurden 3 weitere Sendungen in derselben Verpackung aufgegeben. Die Untersuchung ergab, daß die 4 Pakete 21 000 Dollar enthielten, die die „Allgemeine Depositenbank", Dluga 48, an die Firma Silberfeld in Riga senden wollte. Die Direktoren der Bank M. Kaufmann, L. Urwatter wurden verhaftet.

Am Freitag wurde der Bankdirektor, der frühere Unterstaatssekretär im Finanzministerium, Flaum verhaftet.

— Wird man Soldat, um geschlagen zu werden? Auch ins polnische Heer schleichen sich Sitten ein, wie sie in weiland Zarens Heer üblich waren. Da mancher Offizier schon lange nicht mehr die Gelegenheit hat, den Feind zu „schlagen", versucht er nun seine Kraft an den Untergebenen. Der Chef des 5. Ulanenregiments, Hauptmann Spirydion Koiszewski, griff die Wachtmeister Wlodarski und Gómicki (letzterer versuchte, sich deswegen durch einen Revolverschuß das Leben zu nehmen), sowie den Unteroffizier Wolosz tätlich an. Der tapfere Herr Hauptmann stand nun dieser Tage vor dem Kreismilitärgericht in Warschau, wo er mit zwei Monaten Festungshaft bestraft wurde. — Reichlich wenig für den tapferen Helden!

— Die beleidigten Judenfresser. Der Direktor der Warschauer „Rozwój"-Gesellschaft, Dymowski, verklagte den Redakteur Stpiczynski deswegen, weil er in seiner Zeitung schrieb: „Die Judenhetze des „Rozwój" ist nur Theaterspiel, nur Volksverdummung. Der „Rozwój" will Polen entjuden, führt aber mit den Juden systematisch, wissentlich und seit langer Zeit das Geschäft zusammen." Als Zeugen treten der frühere Minister Jastrzębski, Senator Geistlicher Maciejewicz, Vizemarschall Moraczewski, Abg. Diamant usw. auf. Der Prozeß, der aus formellen Gründen am Sonnabend vertagt wurde, erweckt allgemeines Interesse.

— Wohnungsbau. Das beim Magistrat bestehende Komitee zum Ausbau der Stadt hat privaten Personen und genossenschaftlichen Institutionen die Summe von 630 000 Zloty als Kredit zur Ausfertigung von Wohnhäusern bereitgestellt. Die Privatpersonen erhalten hiervon nur 100 000 Zloty. —

Wir empfehlen dies dem Lodzer Magistrat zur Nachahmung.

Zawiercie. Der Tote als Pfandobjekt. Vor einigen Tagen wurde nach dem Spital der Krankenkasse bei der Fabrik Huldczynski der nicht versicherte Israelit Szymcha Rosenzweig aus Pilica gebracht, der einer Operation unterzogen werden mußte. Der Kranke hat die Schneiderei nicht bestanden und starb. Da die Familie sich weigerte, Dr. B., der die Operation vollzog, das Honorar zu bezahlen, behielt er den Leichnam in Pfand zurück. Erst nach fünf Tagen lieferte er ihn aus, nachdem von der jüdischen Gemeinde eine Sammlung für das Aerztehonorar vorgenommen worden war und der vorsichtige Arzt bezahlt wurde. Das Drama endete also noch günstig für den Herrn Doktor. Wie aber, wenn die Familie das Pfandobjekt verfallen gelassen hätte?

Kattowitz. Die schwache Arbeitsergiebigkeit. Die Herren vom „Lewiatan" führen bei jeder Gelegenheit an, daß die Arbeitsergiebigkeit geringer geworden ist. Besonders reiten die Herren dieses Steckenpferd dann, wenn es sich um Lohnkämpfe mit der Arbeiterschaft handelt. Etwas anderes aber stellt die Statistik fest. In der Kohlengrube „Laura" betrug die Ergiebigkeit im Juni 1924 — 100,98 Prozent im Vergleich zum Juni 1912.

Das Argument wird also unmodern. Die Herren werden aber mit Leichtigkeit hundert andere finden, wenn sie auch auf ebensolchen mürben Beinen stehen sollten.

Kleine politische Nachrichten.

Achtstundentag auf den französischen Eisenbahnen. In der letzten Ministerratssitzung hat der französische Präsident Doumergue ein Dekret unterzeichnet, wonach auf den Eisenbahnen der Achtstundentag eingeführt wird.

Die russischen Schulden an Frankreich. Der französische Botschafter in Moskau, Herbette, hat mit der sowjetrussischen Regierung Verhandlungen zwecks Anerkennung der Schulden des zaristischen Rußlands eingeleitet. Die bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Der Matteotti-Prozeß. Der Prozeß gegen die Mörder Matteottis soll Ende Februar vor dem Schwurgericht in Rom stattfinden. 200 Zeugen sollen geladen werden. Der Prozeß wird voraussichtlich zwei Monate dauern.

Das Vermögen Amerikas betrug Ende 1923 eine Summe von 320 803 862 000 Dollar und ist im Verhältnis zum Vorjahre um 72 Prozent gestiegen. Der Europakrieg war also nur für Amerika ein gutes Geschäft.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerrat.

Die 13. ordentliche Sitzung des Vertrauensmännerrats findet Sonnabend, den 24. d. M., um 7 Uhr abends, im Parteilokal statt. Da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen sämtlicher Vertrauensmänner unbedingt erforderlich.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Aus aller Welt.

Zwei weitere Eisenbahnzusammenstöße in Deutschland. Der von Hattingen nach Hagen fahrende Personenzug stieß auf einen stehenden Zug. Durch den Anprall wurden einige Wagen schwer beschädigt. Drei Tote sind zu verzeichnen, außerdem eine Schwerverletzte.

* * *

Im Bahnhof Stolberg-Hammer liefen zehn beladene Eisenbahnwagen auf eine am Ende der Strecke haltende Rangierabteilung. Ein Zugführer wurde getötet.

Alles aus Liebe... Eine Liebestragödie spielte sich dieser Tage in einem Hause am Hohenzollerndamm in Berlin ab. Der 24jährige Schiffsfunker der Handelsmarine Josef Müller vom Kurfürstendamm 8/9 verliebte sich vor einiger Zeit in die Tochter einer Professorswitwe am Hohenzollerndamm. Er fand auch Gegenliebe. Die Mutter des Mädchens war jedoch mit einer ehelichen Verbindung nicht einverstanden. Donnerstag abend begleitete Müller das 18jährige Mädchen nach Hause, um sich mit der Mutter noch einmal auszusprechen. Die Auseinandersetzung zog sich die ganze Nacht hindurch hin. Müller redete eifrig auf die Frau ein, um ihr Einverständnis zu erlangen. Als alles vergeblich blieb, wurde ihm angeblich unwohl. Gegen 5 Uhr früh verließ die Frau das Zimmer, um ihm ein Glas Wasser zu holen. Jetzt schloß sich Müller mit dem Mädchen ein, erschoß es und hierauf sich selbst. Die Frau, die nicht mit Gewalt öffnen konnte, rief die Polizei. Ein Arzt konnte nur noch den Tod des jungen Paares feststellen.

Ein herunterstürzendes Kind mit den Armen aufgefangen. Ein 5 Jahre altes Mädchen bekam im dritten Stockwerke des Hauses Stockhorngasse 26 in Mannheim das Uebergewicht und stürzte aus dem Fenster. Im gleichen Augenblick passierte eine Frau den Hof und konnte das Kind mit den Armen auffangen. Das Kind kam mit geringfügigen Verletzungen davon.

Jugendliche Eltern. In der Gemeinde Brod in Böhmen hat ein noch schulpflichtiges Mädchen von 13½ Jahren einem gesunden Kinde das Leben geschenkt. Am Vortage war das Mädchen noch auf einem Schulausfluge gewesen und niemand ahnte die Schwangerschaft; die Mutter versuchte sogar Mittel gegen einen verdorbenen Magen. Der Vater ist ... 17 Jahre alt!

Das mißverstandene Esperanto. In Brcko (Jugoslawien) ließ der Polizeichef sämtliche Mitglieder eines Esperantovereins verhaften, weil er die von ihnen getragenen grünen Sterne für geheime Abzeichen hielt. Die verhafteten Esperantisten wurden nach 4tägiger Haft in Freiheit gesetzt.

Starker Geburtenrückgang in England. Die Presse beunruhigt sich über die Tatsache, daß laut amtlichen Erklärungen die Geburtenziffer in England sehr stark zurückgeht. Das Jahr 1923 hatte die geringste Geburtenziffer aufzuweisen mit Ausnahme der abnormen Kriegsperiode. Der wirtschaftliche Druck und die starke Auswanderung sollen die Ursachen sein. Man erwartet, daß die Geburtenziffer in den nächsten 15 Jahren weiter zurückgeht. In den Kreisen des Gesundheitsministeriums wird für sicher erklärt, daß innerhalb 20 Jahren die Zahl der Arbeiter in England um 2 Millionen zurückgehen wird.

Die Erde 1 600 000 Jahre alt? Der Brooklyner Universitätsprofessor Lane hat neuerdings Versuche mit Radium angestellt, um das Alter der Erde zu ermitteln. Er hat dabei errechnet, daß die Erdkruste 1 600 000 Jahre alt sein müsse.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(22. Fortsetzung.)

Wir müssen stündlich auf den Ausbruch des Krieges gefaßt sein.

Man liebt uns nicht auf dem Kontinent. Der Russe hat leider die irrtümliche Meinung, daß wir an allem seinem Unglück seit 1904 schuld gewesen sind. Der Deutsche wird immer noch von der eigenartigen Idee beherrscht, daß wir vor 40 Jahren nicht für die Heiligkeit der Verträge gegen ihn gekämpft haben. Der Franzose, der Spanier und der Italiener sind verstimmt, weil wir sie aus Afrika entfernt haben.

Ich muß leider sagen, daß wir in den letzten 30 Jahren zu wenig Wert auf die Bildung der öffentlichen Meinung in Europa gelegt haben. Wir haben es nicht ungern gesehen, daß Rußland sich allmählich vom Bolschewismus säuberte. Es war uns bis zu einem gewissen Grade willkommen, daß Deutschland im Bündnis mit dem genesenden Rußland den Versailler Vertrag revidierte.

Vom ersten Tage meiner Amtszeit an habe ich es als meine wichtigste Aufgabe betrachtet, die Gemeinschaft zu lockern. Wir haben es versucht, den Chauvinismus in den betreffenden Ländern nach Kräften zu fördern. Leider sind die Erfolge nicht sehr bedeutend. Der große Vorteil der Industriegemeinschaft ist zu augenfällig. Immerhin müssen wir in dieser Richtung weiterarbeiten. Ich komme zu dem Ergebnis, daß England moralische Eroberungen auf dem Kontinent machen muß."

William Chopper, der Presseminister, erbat sich das Wort:

„Für moralische Eroberungen braucht man eine gewisse Zeit. Außerdem ... die kontinentale Presse ist in festen Händen. In Afrika und Asien können wir jeden Tag englische Zeitungen gründen. In Deutschland eine deutsche, in Frankreich eine französische Zeitung neu zu schaffen, ist sehr schwer für uns. Wir können nur den englischen Korrespondenten dieser Zeitungen durch unsere eigene Presse bestimmte Ansichten in solcher Weise einimpfen, daß sie dieselben schließlich für eigene und durchaus dem Vorteil des Kontinents dienende Ideen ansehen."

Lord Gashford sprach weiter:

„Jede feindselige Haltung des Kontinents muß verhindert werden. Wir brauchen die volle Kraft der europäischen Industrie für uns. Sie werden auf dem Kontinent bereit sein, für beide Parteien zu liefern. Auf dem kurzen Wege über den Pol werden die amerikanischen Lastflugschiffe aus Europa an Kriegsmaterial wegschleppen, was sie kaufen können. Das muß verhindert werden. Der Kontinent darf nicht an beide Parteien liefern. Er muß ein Interesse an unserem Siege haben ..."

Sir James Morrison, der Erste Lord des Schatzes, fiel seinem Kollegen ins Wort:

„Es gibt eine Möglichkeit ... Alle Staaten des Kontinents schleppen die Kette amerikanischer Schulden hinter sich her. Wir müssen ihnen die Annullierung dieser Schulden versprechen. Dann haben sie ein Interesse an unserem Siege. Es wird zu überlegen sein, was sich für diese Versprechen einhandeln läßt. Lieferung von Kriegsmaterial ausschließlich an uns. Durchzugsrecht für unsere Truppen. Wenn möglich direkte Unterstützung. Ich glaube, daß sich viel mit dem Versprechen erreichen läßt ..."

Die Verhandlung löste sich in lebhafte Einzelgespräche auf. Der Plan des Finanzministers war einleuchtend. Er war genial und wie alle genialen Sachen verblüffend einfach.

William Chopper übernahm es, die Idee mit der nötigen Vorsicht in die europäische Presse gelangen zu lassen. Es war notwendig, daß von privaten Stellen gleichzeitig in tausend Zeitungen die Möglichkeit, aus der amerikanischen Verschuldung herauszukommen, in Europa ventiliert wurde. Von drei Monaten, die er ursprünglich für die Durchführung dieser Propaganda verlangte, ließ sich der Presseminister auf zehn Tage herunterhandeln.

Lord Gashford sprach:

„Es ist widersinnig, die afrikanischen Rohstoffe und Bodenschätze erst nach England zu schaffen und hier zu verarbeiten. Wir müssen in Afrika eine Kriegsindustrie aus dem Boden stampfen. In der Umgebung der großen Kraftwerke des Sambesi und Kongo. Meine Herren, ich halte es sogar für möglich, daß die britische Regierung bei Kriegsausbruch nach Aequatoria übersiedelt."

Betretenes Schweigen folgte dieser Mitteilung. Die englische Regierung sollte die britische Insel aufgeben, sollte London verlassen? Das war etwas ganz Unerhörtes.

Lord Gashford bemerkte es wohl und fühlte sich zu einer Erklärung verpflichtet.

„Es ist unseren Agenten gelungen, einen Plan unserer Gegner aufzudecken. Ich kann ihn nicht anders bezeichnen als eine Ausgeburt der Hölle. Der Diktator hat einen Teil seiner Luftflotte mit Bomben versehen lassen, durch die beim Aufschlagen Pest- und Cholerakeime in die Luft gewirbelt werden."

Rufe des Abscheus und Entsetzens kamen aus aller Munde.

„Das ist Stonards würdig", rief Vincent Rushbrook mit schneidender Stimme. „Möge ihn selbst die Pest befallen." Erst nach Minuten konnte Lord Gashford fortfahren:

„Der Plan verliert bei näherer Betrachtung an Gefährlichkeit. Wir wissen genau, welche Teile der Flotte mit den G-Bomben ausgerüstet sind. Unsere Luftstreitkräfte müssen sich bei Eröffnung der Feindseligkeiten augenblicklich auf diese Schiffe stürzen und sie vernichten, bevor sie die britische Insel vergiften können. Gelingt es trotzdem einigen, unser Land zu erreichen, so sind für den betreffenden Bezirk sanitäre Maßregeln in Aussicht genommen.

(Fortsetzung folgt.)